

Die Berliner Verhandlungen.

✱ In der Besprechung der Reparationskommission mit den Vertretern der deutschen Regierung am Mittwoch nachmittags entwickelte nach einer halbamtlichen Mittheilung der Reichsfinanzminister seine Auffassung über die Umstände, welche in Betracht zu ziehen sind, wenn einer weiteren Verschlechterung der Mark nachhaltig entgegengetreten und ein richtiges Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt hergestellt werden soll. Berliner Blätter zufolge sollen den Ausführungen des Reichsfinanzministers folgende Gedankengänge zurunde gelegen haben: Eine Aktion zur Stärkung der deutschen Währung könnte nur auf der Basis eines Goldkurles durchgeführt werden. Da eine Inanspruchnahme des Goldschates der Reichsbank nicht in Frage kommt, so bliebe nur übrig, zu diesem besonderen Zweck — also nicht für allgemeine Reparationszwecke — eine Goldanleihe im Auslande aufzunehmen.

Die Berliner Berichte der französischen Presse über die Tätigkeit der Reparationskommission befanden, wie uns unser Pariser Sonderberichterstatter mitteilt, in dem einen Punkte Einseitigkeit der Anschauung, daß eine Moratoriumsbillie, falls eine solche ausdrücklich von Deutschland geßellt werden würde, unbedingt eine Ablehnung erfahren würde, da diese Unangelegenheit von der Brüsseler Finanzkonferenz zu lösen sei. Ob diese Anschauung die Meinung der Reparationskommission wiedergibt, oder ob sie lediglich die übliche Stimmungsmache des Koincours-Klingels darstellt, muß offen gelassen werden. Die Hinauszögerung der Entscheidung würde jedenfalls der Erklärung widersprechen, die Warthou bei der ersten offiziellen Begegnung der Reparationskommission mit der deutschen Regierung abgegeben hat. Warthou hat auf diesen Hinweis des Reichskanzlers nur eine schnelle Aktion könne die Lage retten, ausdrücklich erklärt, es handle sich darum, möglichst schnell das Ziel zu erreichen, das gemeinsam ins Auge gefaßt worden sei.

Der „Vorwärts“ läuft gegen die (in der Donnerstag-Morgennummer mitgeteilte) Rede des Reichsbankpräsidenten Sapientius Sturm, in der dieser die Herausgabe eines Teiles des Goldbestandes der Reichsbank für die Stützung des KurSES der Mark als nicht nur wirkungslos, sondern sogar als schädlich bezeichnet. Das sozialdemokratische Organ sucht offensichtlich die Entente gegen die Haltung des Reichsbankdirektoriums aufzuwachen. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben inzwischen ihre Forderungen bezüglich der Sprache eines Teiles des Reichsbank-Goldbestandes und ihre sonstigen Meinungen über die Währungsfrage von neuem in einer Denkschrift an den Reichsbankkanzler auseinandergelegt.

Eine Stützung der Mark würde u. a. erreicht werden durch Einführung einer werbessändigen inneren Anleihe. Im weiteren müßte die Verbundung der Staatsfinanzen auf dem Gebiete der Steuererfassung verlangt werden. Die Devisenordnung bleibe ein Schlag ins Wasser, wenn sie nicht durch praktischere Ausgestaltung der Devisenkontrolle ergänzt werde. Sie erwarten, daß die Verhandlungen zur Erreichung einer Auslandsanleihe scheidt Stabilisierung der Mark mit erneutem Nachdruck aufgenommen und durchgeführt werden. Die Gewerkschaften verlangen von der Regierung die Herbeiführung einer größeren Durchsichtsmachung der Kartelle, Syndikate und Trusts, die teilweise durch ihre wirtschaftlich schädliche Preispolitik den Zerfall der Währung fördern. Die Denkschrift fordert ferner sichtlich Sparsamkeit, Vereinfachung in allen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen, sowie Vorlegung eines großzügigen Produktions- und Konsumplanes, der die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse des Volkes sichert.

Der Reichstag soll, wie verlautet, mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit der Reparationskommission nicht am 7., sondern erst nach Abschluß der Verhandlungen wieder zusammentreten. An Aussicht genommen ist der 13. November.

Die Fenerungsaktion der Beamten.

Die neuen Verhandlungen über die Beamtenbesoldung, die am 1. November im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der Spitzenorganisationen geführt worden sind, haben ihren Abschluß gefunden. Die Regierungsvorlage wird nach Zustimmung des Reichskabinetts dem Reichsrat und dem Reichstag vorgelegt werden.

Vorausgegangen war eine Vorbesprechung der Spitzenorganisationen der Beamten- und Arbeiterschaft des Reiches über die neue Feuerungsaktion. Der Deutsche Gewerkschaftsbund war nicht zu dieser Konferenz hinzugezogen worden. Die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes brachten die Frage zur Sprache, ob auch künftighin die Feuerungsaktionen für Beamte und Arbeiter gemeinsam und in Abhängigkeit voneinander vorgenommen werden sollten. Diese Frage wurde von den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bejaht und ebenso von denen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, während die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes sich verneinten und erklärten, daß es für sie ein neues Programm bedeute, den Zusammenschluß von Beamten- und Arbeiterkräften zu lösen. Auf diese Forderung hin wurde von den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Einheitsfront als gespragt erklärt.

Abfertigung des Sultans.

Paris, 1. November. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel proklamirte auf Vorschlag von Mustafa Nuri Pascha die große Nationalversammlung in Ungara am Sonnabend nach einer bis Mitternacht währernden Debatte die Abkürzung des Sultans. Mustaf Karabett Pascha sei zum Generalgouverneur von Konstantinopel ernannt und aufgefordert worden, sich sofort dorthin zu begeben, um sein Amt zu übernehmen. Die Nationalversammlung bestimme für den Sultan seinen Nachfolger, bezieht sich aber vor, einen Staatschef ohne dynastische Rechte zu wählen. Sie habe schließlich das Volk für souverän erklärt und beschlossen, die Weggabung der manichäischen Reich durch „Turkischen Staat“ zu erklären, was der Proklamation der Republik gleichkomme. (Die „Chicago Tribune“ merkt öfters mit Genialenprophetien auf, die herrschende Meinung ist besser mit Vorsicht aufzunehmen. — D. Red.)

Neue Erhöhung des Zeitungspapierpreises.

Berlin, 1. November. Nach viertstündigen Verhandlungen über den Druckpapierpreis für November erklärte der Vertreter des Reichswirtschaftsamministers einen Preis von 187 Mark abzüglich der auf etwa 25 Mark je Silbervann zu bemessenden Rüdtrednung der Goldstoffs- und Zellstoffverbände für angemessen. Somit müssen die deutschen Zeitungen mit der Tatsache rechnen, daß die Doppelladung Papier vom 1. November an 1620 000 Mark kosten wird. Das bedeutet nahezu eine Verdoppelung des ursprünglichen Oktoberpreises und übersteigt den in der zweiten Oktoberhälfte bereits außerordentlich erhöhten Preis um mehr als 600 000 Mark. Die Vertreter der Zeitungsbefleger erklärten, daß sie die Verantwortung für diese Preisbemessung nicht übernehmen können, ohne daß dadurch allerdings das Endergebnis der Verhandlungen wesentlich verändert sein dürfte. Somit hat der Druckpapierpreis das 810fache des Friebspreises erreicht.

Rücktritt italienischer Botschafter.

* Wie schon gemeldet, ist der italienische Botschafter in Paris, Graf Sforza in Folge der Übernahme des Cabinets durch Mussolini zurückgetreten. Graf Sforza ist der Urheber des Napello-Vertrages, durch den die italienisch-südslawischen Streitigkeiten wegen der dalmatinischen Küste ausgeglichen werden sollten. Bei der Haltung, die Mussolini in dieser Frage von seinem nationalistischen Standpunkt aus einnimmt, war der Rücktritt des Grafen Sforza zu erwarten. Mussolini ist hierüber sehr erregt und hat an den Grafen Sforza ein Telegramm geschickt, in dem es heißt:

Ich kann Ihren Entschluß, den Abschied zu nehmen, ohne daß Sie mein Programm in der Frage der auswärtigen Politik kennen, nur als einen unfreundlichen und unangemessenen Schritt ansehen. Ich werde vor der Kammer mein Programm entwickeln, und dies wird keineswegs ein Programm für Massenauftritte darstellen, wie Sie mit Unrecht annehmen. Ich fordere Sie von neuem auf, Ihr Amt beizubehalten, und der Regierung, die in diesem Augenblick den höchsten Ausdruck des nationalen Gewissens verkörpert, keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Mussolini droht weitere Schritte gegen den Grafen Sforza zu unternehmen, womit wohl eine formale Abweisung gemeint ist. Die Demission Sforzas ist nicht die einzige. Auch der italienische Botschafter in Berlin, Senator Grassilli und der Botschafter in Washington, Rissi haben ihre Demission gegeben.

Die Forderungen Amerikas an Deutschland.

* Paris, 2. November. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die amerikanische Kommission, die die Forderungen der amerikanischen Regierung gegenüber Deutschland zu überprüfen hat, hielt gestern eine zweite Sitzung im Washingtoner Staatsdepartement ab. Vorsitzender war der Richter Dr. Day. In der Sitzung nahmen ferner teil der deutsche Vertreter Dr. Wilhelm Mittelbach und der amerikanische Beisitzer Warter. Anwesend waren ferner für die Vereinigten Staaten Morris, Morgan, und von deutscher Seite Karl von Beinsmith. Der Richter Day begrüßte Dr. Mittelbach, worauf dieser eine kurze Dankansprache hielt. Der amerikanische Vertreter Morris schloß daran in kurzen Zügen die Forderungen, die Amerika zu haben mißte, und hat um die Mitarbeit des Herrn von Beinsmith. Dieser sagte. Die Sitzung hatte einen rein formellen Charakter.

Die Faschistenbewegung in Polen.

Wa, Warschau, 1. November. Über die Ziele der neuen faschistischen Vereinigung in Polen bringt der sozialistische „Robotnik“ weitere Enthüllungen, die nach Meinung des Blattes deutlich auf einen bevorstehenden Bürgerkrieg und auf Pogrome gegen alle anderen Nationalitäten hinweisen. Das Blatt schreibt:

Geheime Stoktrupps der "Chieng" (Christlich-nationalen Vereinigung). Vorbild dieser Partei ist das russische "schwarze Hundert". Die "Chieng" möchte den italienischen Faschismus nach Polen verpflanzen und hat darum so leidenschaftlich für die Regierung Korantins gekämpft. Da es zu einer solchen Regierung nicht kam, haben die Stoktrupps Korantins zunächst in Oberschlesien ihre Arbeit aufnehmen lassen. Diese Arbeit wird jetzt auf ganz Polen ausgedehnt. An der Spitze stehen bedeutende politische Persönlichkeiten aus der Chieng-Gruppe, die als Werkzeuge hauptsächlich entlassene Männer und Frauen jeder Art, die demokratisch sind und die sich auf bezahlten lassen, gebraucht. Patrone dieser Faschisten sind ehemalige Generale, die wegen ihrer reaktionären Gesinnung bekannt sind. Der Chieng geht es nicht nur um die Wahlen, es wird etwas vorbereitet, um eine abermalige Wahl Bismarcks unmöglich zu machen.

Das Blatt druckt dann die Sitzungen der „polnischen Organisation des Reichstages“ ab und schreibt dazu: „Über die eigentlichen Zwecke kann das Mitglied erst in einer geheimen Sitzung etwas erfahren, und diese Sitzungen tragen einen solchen Charakter, daß ein Mitglied in steter Furcht gehalten wird. Die Ziele können sehr einfach formuliert werden: Die Nationaldemokraten bilden Stoßtruppler, um in Polen einen Bürgerkrieg führen zu können.“

Neue Kämpfe in Irland.

London, 1. November. Eine Abteilung Aufständischer griff in Irland mit Unterstützung eines Panzerautos die Station von Clifden an und zwang sie zur Kapitulation. Auf beiden Seiten gab es mehrere Tote. Achtzehn Mann Negersoldatentruppen wurden gefangen genommen.

In Dublin wurde der Versuch gemacht, die Einkommensteuerräumer in verschiedenen Bezirken in Brand zu legen. Die Gebäude blieben unbeschädigt; es wurden aber wertvolle Papiere vernichtet.

Aus dem englischen Wahlkampf.

G. London, 31. October.

Ein hochgeachteter Engländer sagte mir heute: „Nur ein Narr wird über den Ausgang dieser Wahlen etwas prophezeien.“ Ich habe verschiedene Mal angedeutet, daß und warum ich diese Ansicht teile, und ich bleibe ihr treu, obwohl ich sehe, daß Massingham, der Herausgeber der „Nation“, der sicher kein Narr ist, mit großer Bestimmtheit prophezeit, daß die Wahlen den Konservativen eine Mehrheit von fünfzig im neuen Unterhaus geben werden. Eine Prophezei zu wagen, kaum man noch meiner Ansicht aber doch so viel kagen, daß die ersten Tage des Wahlkampfes die Ausichten der neuen Regierung, eine Mehrheit zu erhalten, die sie von fremder Hilfe ganz unabhängigt machen würde, eher verringert als verstärkt haben. Womogewiss hat dem allgemeinen Gefühl der Unsicherheit und Ungewissheit in politischen Kreisen mit der ihm eigenen naiven Offenheit Ausdruck gegeben, wenn er in Glasgow erklärte: „Die Leute wissen nicht, woran sie sind, und mir nichts anders“, und ein solches Gesändnis im Munde des ersten Ministers wirkt nicht gerade aufmunternd. Wenn dessen jetzige Losung: „Ruhe und Frieden“ wenig einer sehr weitverbreiteten Stimmung in den Wählerkreisen entspricht, so stellt sie doch auch sich nur ein recht negatives Programm dar und gibt der Verdächtigung seiner Gegner Nahrung, er verlange von dem Wählern einen Blankowechsel, den dann seine reaktionären Freunde, die Lord George führten, während der nächsten Jahre ausfüllen würden.

Dazu kommt, daß der neue Schatzkanzler mit Bonar Law'scher Aufrichtigkeit schon vor den Wahlen erklärt hat, die neue Regierung könne vorerhand die Steuern nicht reduzieren und daß neue Budget werde sich nur mit Mühe balancieren lassen, womit vielen Wählern ohne Zweifel die schönste Freude an dem Regierungswechsel vergällt ist. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß die Northcliffepresse Bonar Law bereits untreu wurde und nun abwechselnd mit Lord George und Greg festsetzt, wobei allerdings wohl mißspielt, daß Bonar Law die Milhmheit hatte ihren neuen Dirigaenten, Lord Rothermore, Northcliffes Bruder, nicht zu empfangen, als er ihn um einen Posten für seinen jüngeren Sohn bitten wollte. Aber auch der „Daily Express“, der Bonar Law's enaem Freund und Berater, dem Lord Beaverbrook gehört, fängt an, an seine Zukunft zu verzweifeln. Er schreibt:

Die konfervative Partei begann den Wahlkampf als führender Sieger in den kommenden Wahlen. Glauben die Konservativen, daß sie ihren Platz an der Spitze behaupten, wie sich der Wahlkampf entwickelt? Wir glauben, daß es mit ihnen zuvörderst geht, weil ihre Führer tiefer in ihren Reden noch in ihrer Wahlzettel willige Kampflust zeigen. Sie haben die Initiative in die Hand von Lord George und seinem Verblindeten, dem Lord Birkenhead, fallen lassen, die nun definitiv die Offensive gegen den Konfervatismus eröffnen haben."

Unter den wenigen positiven Vorschlägen, welche die neue Regierung bisher machte, ist einer, der für im Wahlkampfe vielleicht mehr Schaden wird, als irgend ein anderer. Es handelt sich, das Ministerium für die Pensionen mit seinem Etat von 22 000 Beamten aufzuheben und seine Arbeit dem Schatzamt zu überweisen. Dieser Beschluß hat die 900 000 Kriegsveteranen, die Pensionen erhalten, sofort gegen das neue Ministerium aufgebracht, da sie von dem Schatzamt wohl nicht die bestmögliche, sondern eine viel weniger rücksichtsvolle Behandlung erwarten als sie sich ihrer bisher erfreuten.

Noch bemerkenswerth ist, wie sehr die Persönlichkeit George's bisher den ganzen Wahlkampf beherrscht und wie sehr die großen Kundgebungen, deren Gegenstand er überall ist, in ihm sich leben läßt. Die Aufkassungen sitzen gebrast haben, er selbst politisch ein erlebter Senator. Und dabei konnte er sich bisher in seinen Reden noch nie ganz gehen lassen, sondern war bei allen seinen mündlichen Ausfällen gegen seine Nachfolger doch immer ängstlich bemüht, die konservative Partei nicht so zu verlegen, daß dadurch ein Zusammenarbeiten nach den Wahlen ausgeschlossen würde. Sein Reimotiv war immer die Rettung „der Nothwendigkeit wirklicher Einheit zwischen allen Männern gemäßigter Ansichten.“

Verschiedene Mittheilungen.

— Der 9. November. Die Vollversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission beschloß, den 9. November durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern. Die Durchführung von Demonstrationen bleibt den Parteien überlassen.

— **Bürgerlicher Wahlsieg in Thale.** Die erste Stadtverordnetenwahl in Thale am Hara ergab einen Ausd. nach rechts. Bisher waren unter 14 Gemeindevorsteherern nur 4 Bürgerliche. Im neuen Stadtparlament dagegen erscheinen 16 Bürgerliche und vier Kommunisten.

— Die Nationalratswahlen in der Schweiz ergaben folgende Ergebnisse: Mitglieder des Nationalrats 199 (bisher 189). Die Sitze verteilen sich wie folgt: Freisinnige 59 (bisher 59) katholische Konservative 44 (41), Sozialdemokraten 48 (32), Bauern- und Bürgerpartei 35 (21) Liberal-Konservative 10 (9), Sozialpolitisch-Gruppe und Parteilose 8 (5), Kommunisten 2 (3)

— Ein neuer englischer Botschafter in Paris. Das bereits seit einigen Tagen in Paris umlaufende Gerücht, daß der englische Botschafter Lord Hardinge demnächst Abchied nehmen, wird heute bestätigt. „Leit Parisien“ theilt mit, daß Hardinge gelegentlich eines Besuchs, den er Poincaré gemacht habe, diesen informierte, daß er aus Familienrückichten gegen Ende des Jahres oder spätestens im Laufe des Jahres ausulidretiren werde. Als voraussichtlicher Nachfolger Hardinges wird George Graham, der gegenwärtige englische Botschafter in Brüssel, genannt.

SS Eine neue Kriegsverbrecherlegende verbreitet die Pariser Agentur Radio, indem sie behauptet, die Kaiserin der Kathedrale von St. Quentin seien neuerdings bei einem Banner Kunsthistoriker Professor Clemen aufgefunden und diesem abgenommen worden. Die Behauptung ist Schmalz. Professor Clemen, der in Kriegen mit der Wahrung der Kunstgegenstände beauftragt war, hat gerade mit diesen Ankern von St. Quentin nichts zu tun gehabt. Diese waren von den Deutschen nach Mayburg in Elbichy abgeschickt und nach Abschluss des Waffenstillstandes im Franzosen ausgehändigt worden. Darüber liegt eine ausführliche französische Erklärung vor.

